WP-6 Kapitel 6: Berlin funktioniert zuverlässig

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	02.12.2025
Tagesordnungspunkt:	3. Kapitel 6 des Landeswahlprogramms (Innere Sicherheit, Justiz, Verwaltung, Bezirke, Verwaltungspersonal, Verwaltungsdigitalisierung)

In Berlin treffen unterschiedliche Interessen, Lebensentwürfe und Perspektiven aufeinander. Damit daraus kein Gegeneinander entsteht, braucht es einen Staat, der vermittelt, schützt und Vertrauen schafft, mit starken Institutionen, einer verlässlichen Verwaltung und echter Beteiligung. Unser Ziel ist eine Stadt, die für ihre Menschen da ist und von ihnen mitgestaltet wird: nahbar, handlungsfähig und transparent. Wir Bündnisgrüne wollen das Vertrauen in die Demokratie stärken, indem wir sie im Alltag spürbar machen – durch agile, kund*innenfreundliche Behörden, nachvollziehbare Entscheidungen und einen respektvollen Umgang zwischen Verwaltung und Bürger*innen.

Ein starker Rechtsstaat ist für uns die Grundlage eines sicheren und freien Lebens in Berlin. Sicherheit bedeutet dabei mehr als Polizeipräsenz oder Überwachung. Sie heißt Schutz vor Diskriminierung, Gewalt, Kriminalität und Hass, vor existenzieller Not und sozialer Ausgrenzung. Wir setzen auf Prävention, auf eine moderne Polizei, die Vertrauen schafft, und auf eine Justiz, die gerecht, digital und unabhängig arbeitet.

Gute Politik gelingt nur mit starken Bezirken, motivierten Beschäftigten und einer Verwaltung, die als Partnerin der Stadtgesellschaft agiert. Wir wollen die Bezirke so ausstatten, dass sie ihre Aufgaben verlässlich und entsprechend den Bedürfnissen vor Ort erfüllen können und klare Verantwortlichkeiten schaffen. Die Digitalisierung wollen wir konsequent nutzen, um Berlin unbürokratischer, effizienter und transparenter zu machen. Digitalisierung ist für uns kein Selbstzweck, sondern ein Werkzeug, das Zeit spart, Teilhabe ermöglicht und den öffentlichen Dienst zukunftsfest macht. So schaffen wir ein Berlin, das verlässlich handlungsfähig ist, Verantwortung übernimmt und für alle da ist.

6.1. Innere Sicherheit – Freiheit und Schutz für alle

Wir Bündnisgrüne kämpfen für ein Berlin der Freiheit, in dem alle Menschen sicher sein können. Wir stehen für ein Sicherheitsversprechen, das für alle Menschen gleichermaßen gilt. Wir werden nicht hinnehmen, dass Frauen in Deutschland Tag für Tag Opfer von Femiziden und körperlicher Gewalt sind oder dass jüdische Menschen, BIPoC und andere marginalisierte Gruppen sich nicht frei bewegen können. Wir treten ein für eine Sicherheitspolitik, die wissenschaftliche Erkenntnisse in den Mittelpunkt stellt. Statt aktionistischer Symbolpolitik rücken wir die tatsächlichen Alltagsnöte der Berliner*innen und Sicherheitsbehörden in den Fokus. Unsere Innenpolitik bekämpft nicht nur Symptome, sondern die Ursachen. Armut, Perspektivlosigkeit und fehlende Teilhabe sind zentrale Kriminalitätstreiber. Wir unterstützen daher die sozialen Träger und Initiativen, die in der ganzen Stadt der Garant für die soziale Infrastruktur und damit eine zentrale Säule für ein sicheres Berlin sind. Wir sorgen dafür, dass sich die Sicherheitsbehörden auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können: die Verhinderung und Verfolgung von Straftaten. Wo der größte Schaden für die Gesellschaft entsteht, braucht es einen hohen Verfolgungsdruck. Wir sorgen dafür, dass sich Geschäfte der Organisierten Kriminalität in Berlin nicht mehr lohnen. Wir stärken die Bekämpfung von Cybercrime und Hasskriminalität im Netz, schützen das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung und die Informationsfreiheit und machen Berlin resilient gegen Cyberangriffe. Wir beenden die Symbolpolitik des Wegner-Senats, die

die Sicherheitslage nicht verbessert. Ganz im Gegenteil: Darunter leiden Grund- und Freiheitsrechte der Berliner*innen, aber auch die Sicherheitsbehörden selbst.

Vertrauen und Sicherheit vor Ort stärken

Prävention ist die beste Form der Kriminalitätsbekämpfung. In den Kiezen, die stark von Kinderarmut, fehlender Teilhabe und Perspektivlosigkeit geprägt sind, werden wir die Angebote der Jugendsozialarbeit absichern, um junge Berliner*innen in schwierigen Lagen nicht alleinzulassen und sie dabei zu unterstützen, selbstbestimmte Zukunftsperspektiven zu entwickeln. Wir Grüne wollen Ansätze des Community Policing in die Fläche bringen, um das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden zu erhöhen und das Sicherheitsgefühl zu stärken. Dazu zählen mehr Kontaktbereichsbeamt*innen als lokale Ansprechpersonen, die Ausweitung von Fahrradstreifen und Präsenz an hochfrequentierten Orten oder Hotspots, auch mit mobilen Wachen und Kiezläufer*innen. Aufklärung, Beratung und Hilfe sind für uns genauso wichtig wie die enge und klar strukturierte Zusammenarbeit mit den Akteur*innen vor Ort.

Sicherheitskräfte stärken und Arbeitsbedingungen verbessern

Damit Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst ihre Aufgaben auch morgen noch erfüllen können, muss die Personalplanung dem demografischen Wandel Rechnung tragen. Wir wollen die Polizeiausbildung noch attraktiver machen und die Arbeitsbedingungen, z. B. durch familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, verbessern. Um Polizist*innen und Feuerwehrangehörigen, die im Dienst angegriffen werden, besser helfen zu können, werden wir neben dem Dienstunfallrecht auch die psychischen Folgen solcher Angriffe noch stärker in den Blick nehmen und die psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) stärken. Den massiven Sanierungsstau bei Liegenschaften und Fuhrpark von Polizei und Feuerwehr werden wir prioritär abbauen: Die Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienstakademie wollen wir endlich fertigstellen und den Neubau für das Kriminaltechnische Institut anschieben, damit Ermittlungen und Strafverfolgung zukünftig ohne lange Verzögerungen erfolgen können. Die Ausstattung aller Dienstgebäude mit Trinkwasserspendern, die energetische Sanierung und die Nutzung erneuerbarer Energien, auch bei Beschaffungen für den Fuhrpark, werden wir zum Standard machen.

Vielfalt und Resilienz in Sicherheitsbehörden ausbauen

Moderne, vielfältige und diskriminierungsfreie Sicherheitsbehörden sind für den Schutz der Demokratie unabdingbar. Gleichzeitig sind sie als attraktive Arbeitgeberinnen entscheidend für die Bewältigung des Fachkräftemangels. Deshalb müssen Demokratiebildung, Diskriminierungskritik und kommunikative Kompetenzen in Aus- und Fortbildung sowie im Studium gefördert werden. So unterstützen wir Grüne die Sicherheitsbehörden dabei, Frauen und Vielfalt zu fördern und Diskriminierung und Sexismus – auch am Arbeitsplatz – entschlossen entgegenzuwirken. Wir werden die Empfehlungen der Berliner Polizeistudie konsequent umsetzen und Angebote hinsichtlich Supervision, Einsatznachbereitungen und Resilienzstärkung ausbauen. Für die Verbesserung der Strukturen und der Arbeitsweise bei der Berliner Feuerwehr und im Rettungsdienst werden wir eine Feuerwehrstudie durchführen. Die Einführung des unabhängigen Bürger*innen- und Polizeibeauftragten war die richtige Entscheidung, um das Vertrauen in staatliches Handeln zu stärken – sowohl bei Anliegen von Betroffenen polizeilicher Maßnahmen als auch für Polizist*innen selbst. Wir werden die unabhängige Kontrolle verbessern und dem Beauftragten ermöglichen, effektiv alle an ihn herangetragenen Sachverhalte zu überprüfen.

Kriminalität gezielt entgegenwirken

Wir Bündnisgrüne möchten Kriminalität gezielt entgegenwirken. Daher führen wir neben der Polizeilichen Kriminalstatistik den Berliner Periodischen Sicherheitsbericht ein, der nicht nur die Anzahl der Taten analysiert, sondern auch deren Ursachen. Polizeiliche Ressourcen sollen danach dort eingesetzt werden, wo sie den meisten Nutzen bieten und aktuellen Entwicklungen bei der Gewalt-, Eigentums- und Vermögenskriminalität gezielt entgegenwirken können. Die bezirklichen Ordnungsämter wollen wir stärken, damit sie ihren Aufgaben im Bereich der Gefahrenabwehr endlich gerecht werden können und diese nicht regelmäßig von der Polizei aufgefangen werden müssen.

Überwachung begrenzen und Grundrechte schützen

Überbordende Überwachung führt nicht zu mehr Sicherheit, sondern löst Unsicherheit und Ängste aus und birgt die Gefahr, unsere demokratische Grundordnung und unsere Grundrechte zu riskieren, die die Überwachung eigentlich sichern soll. Die Vorratsdatenspeicherung, den Einsatz von staatlich eingesetzter Späh-Software für die Online-Durchsuchung (Staatstrojanern), die Ausweitung von Videoüberwachung oder biometrischer Gesichtserkennung lehnen wir daher ab. Eine Auswertung polizeilicher Daten mit Hilfe von Palantir-Software oder ähnlicher privater, nicht-europäischer Software weisen wir zurück, da sie mit digitaler Souveränität unseres Landes und seiner Bürger*innen nicht vereinbar ist. Wir Grüne setzen darauf, Überwachungstransparenz herzustellen, indem statistisch erfasst wird, welche Maßnahmen wie häufig eingesetzt werden, wo es bei der Umsetzung hapert und was umgekehrt zielführend ist. Das von Schwarz-Rot abgeschaltete Funkzellentransparenzsystem wird es Betroffenen in Zukunft wieder ermöglichen, ihre Auskunftsansprüche einfach und digital durchzusetzen. Das Berliner Polizeigesetz (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz – ASOG) werden wir evaluieren und Bürger*innenrechte und parlamentarische Kontrollmöglichkeiten stärken sowie eine Aufgabenkritik zur Entlastung der Polizei durchführen. Polizeiliches Handeln muss sich stets nach dem Handeln der Verdächtigen richten, weshalb wir anlasslose Kontrollen ablehnen. Sie sind nicht nur ineffektiv und personalintensiv, sondern auch ein Einfallstor für Racial Profiling. Um dem entgegenzuwirken, möchten wir eine digitale Kontrollquittung einführen, mit der jede Person über den Anlass der Kontrolle informiert werden kann. Das schafft Transparenz und Nachvollziehbarkeit in Verbindung mit polizeilichem Handeln. Die Ergebnisse der Bodycamstudie wollen wir umsetzen und den Einsatz auf die Polizei beschränken. Die Bodycam dient dabei auch als bürgerrechtliches Instrument, das auf Verlangen oder bei unmittelbarem Zwang zur Beweissicherung angeschaltet werden muss.

Versammlungsfreiheit verteidigen

Demonstrationen sind ein Mittel, um zusammenzukommen, Unmut und Trauer auszudrücken sowie politische Positionen zu vertreten. Mit jährlich über 7.000 politischen Versammlungen ist Berlin als Bundeshauptstadt auch Demonstrationshauptstadt. Wir Bündnisgrüne schützen das Versammlungsgrundrecht und haben unter Rot-Rot-Grün das Versammlungsgesetz an die Realität der zum allergrößten Teil friedlichen Demonstrationen angepasst. Gleichzeitig sehen wir, wie durch die Diffamierung von Protestformen und Gerichten versucht wird, Versammlungen unverhältnismäßig einzuschränken oder zu verbieten. Gewalt und Hass sind inakzeptabel und sind bereits heute nicht vom Versammlungsgrundrecht gedeckt. Eine Verschärfung des Versammlungsfreiheitsgesetzes lehnen wir deshalb entschieden ab. Während der Wegner-Senat mit einem Kurs der Repression zu mehr Eskalation auf den Straßen beiträgt, stehen wir für einen Kurswechsel zu einer Deeskalationsstrategie ein. Dazu gehört auch, dass Kritik an

unverhältnismäßigen polizeilichen Maßnahmen, an Gewalt gegen Demonstrierende und an Schmerzgriffen gegen friedliche Versammlungsteilnehmende legitim ist und nicht abgetan werden darf. Fehlverhalten muss ernsthaft aufgearbeitet werden. Wenn dies unterbleibt, schadet es nicht zuletzt der öffentlichen Wahrnehmung der Berliner Polizei.

Politisch motivierte Straftaten konsequent bekämpfen

Wir stehen für eine konsequente Verfolgung von politisch motivierten Straftaten und Netzwerken – auch und gerade im Internet. Schwerpunkte sind für Berlin vor allem rechtsextremistische und islamistische Gefährdungen. Neben einer Gesamtstrategie gegen Rechtsextremismus benötigen wir eine Stärkung der Deradikalisierungsarbeit sowie der Beratungsstellen gegen Verschwörungsideologien, Hasskriminalität und einen Ausbau der zielgruppenspezifischen Arbeit mit Jugendlichen und Männern. Offene Haftbefehle gegenüber untergetauchten oder verurteilten Rechtsextremist*innen oder anderen Extremist*innen müssen endlich konsequent vollzogen werden.

Lehren aus der Neuköllner Straftatenserie ziehen

Über Jahre hinweg hat es in Neukölln eine rechte Anschlagsserie gegeben, die von den Ermittlungsbehörden nicht konsequent verfolgt worden ist. Wir Grüne sind solidarisch mit den betroffenen Personen und Kiezen, die bis heute unter den Folgen leiden und Vertrauen in den Rechtsstaat verloren haben. Der Untersuchungsausschuss im Berliner Abgeordnetenhaus hat wiederholt Defizite bei den Sicherheitsbehörden aufgedeckt. Informationen wurden nicht zusammengeführt, Betroffene nicht ernst genommen. Erst durch die Übernahme der Ermittlungen durch die Generalstaatsanwaltschaft konnten Täter*innen angeklagt und verurteilt werden. Damit sich dies nicht mehr wiederholt, ist entscheidend, dass es eine Zusammenarbeit zwischen betroffenen Dienststellen und Behörden sowie klare Verantwortlichkeiten und einen strukturierten Wissenstransfer gibt – gerade in den Bereichen mit erforderlicher Szenenkenntnis. Wo weggeschaut wird, wächst rechte Gewalt. Umso wichtiger ist, dass auch vermeintlich „kleine Delikte“ nicht bagatellisiert werden – ihre politische Motivation muss von Beginn an mitgedacht und in die Ermittlungen einbezogen werden.

Verfassungsschutz neu ordnen und Kontrolle stärken

Der Verfassungsschutz ist seiner Aufgabe, Gefahren für unsere Demokratie früh zu erkennen, in der Vergangenheit oft nicht gerecht geworden. Für ein wirksames Früherkennungssystem gegen die wachsenden Bedrohungen der freiheitlichen Demokratie halten wir Grüne eine strukturelle Neuordnung für erforderlich: Es braucht zwei Säulen mit einem unabhängigen, anhand öffentlicher Quellen arbeitenden Institut zum Schutz der Verfassung sowie einem rechtsstaatskonformen, von polizeilichen Aufgaben klar abgegrenzten nachrichtendienstlichen Verfassungsschutz mit Fokussierung auf die Früherkennung von staatsgefährdenden Straftaten, Desinformation, Spionage und Terrorismus. Auf Grundlage einer unabhängigen und wissenschaftlichen Evaluation werden wir die Aufgaben, Prioritäten und Ressourcen des Verfassungsschutzes neu justieren. Mit einem Verfassungsschutz-Kontrollgesetz wollen wir die bestehenden parlamentarischen Kontroll- und Informationsrechte zur Stärkung der Nachvollziehbarkeit über Informationsgewinnung, nachrichtendienstliche Tätigkeiten und Bewertungsmaßstäbe verbessern.

Organisierte Kriminalität wirksam bekämpfen

Die Bekämpfung von Organisierter Kriminalität werden wir Bündnisgrüne priorisieren und die vorhandenen Ressourcen und Kompetenzen bündeln: Landeskriminalamt und Staatsanwaltschaft müssen in die Lage versetzt werden, einen stärkeren Fokus auf Strukturermittlungen legen zu können, damit die „großen Fische“ nicht durchs Netz gehen. Für einen durchgehenden Follow-the-Money-Ansatz schaffen wir die nötigen Schnittstellen mit den Finanzämtern, der Steuerfahndung, der Gewerbeaufsicht und dem Zoll: Organisierte Kriminalität darf sich nicht mehr lohnen. Wir werden ein Immobilienregister einrichten, aus dem die wahren wirtschaftlichen Berechtigten an Immobilien hervorgehen, um kriminelle Strukturen im Immobilienbereich leichter aufdecken und die Immobilien einziehen zu können. Zur Durchsetzung von Vermögensabschöpfungen bei Erträgen aus illegalen Quellen, auch durch die Einziehung von Immobilien, braucht es neben kriminalpolizeilichen Kompetenzen auch qualifiziertes Personal, das kriminelle Geflechte erkennen, nachvollziehen und verfolgen kann. Die Gewerbeüberwachung werden wir grundlegend reformieren, auch durch eine klare Aufgabenverteilung zwischen Land und bezirklichen Ordnungsämtern. Diskriminierende Praktiken, Herkunftsdebatten oder symbolpolitische Verbundeinsätze sind weder hilfreich noch zielführend.

Wir werden eine stadtweit zuständige Ermittlungsgruppe „Fahrraddiebstahl“ beim Landeskriminalamt einrichten, auch um organisierten Banden Einhalt zu gebieten. Wir werden die Hotspots des Fahrraddiebstahls in den Fokus nehmen und die Zahl der Schwerpunkteinsätze deutlich ausweiten. Denn jedes Jahr werden in Berlin rund 25.000 Fahrraddiebstähle bei der Polizei gemeldet, das sind über zehn Prozent aller Diebstähle in Berlin, die Aufklärungsquote liegt dagegen konstant unter fünf Prozent.

Kriminalität im digitalen Zeitalter entgegentreten

Kriminalität, die im digitalen Raum stattfindet, ist längst Teil einer Realität, die immer stärkere Auswirkungen auf das „reale Leben“ hat. Sie darf daher gegenüber analogen Kriminalitätsphänomenen nicht nachrangig behandelt werden. Wir Bündnisgrüne befähigen die Sicherheitsbehörden in der Bekämpfung von Cyberkriminalität und Cyberspionage, damit sie effektiv und schnell auf neue Bedrohungslagen reagieren können. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Bekämpfung von Hasskriminalität. Darüber hinaus braucht es eine Strategie gegen Desinformation. Irreführende, falsche und manipulative Informationen, Bilder und Videos sollen Menschen in ihrer Wahrnehmung und Haltung und damit die öffentliche Meinung beeinflussen. Gerade mit den gewachsenen Möglichkeiten durch Künstliche Intelligenz stellt das eine massive Gefährdung für unsere Demokratie dar – insbesondere, wenn Wahlen so beeinflusst werden.

Im Umgang mit Cyberangriffen braucht es eine berlinweite Strategie des gesamten Senats, die unter Einbindung der Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu entwickeln ist. Für die Verwaltung und besonders die kritische Infrastruktur (KRITIS) sind Mindestsicherheitsanforderungen, eine klare Aufgabenverteilung und präzise beschriebene Befugnisse und Verantwortlichkeiten der handelnden Behörden notwendig. In einem Berliner IT-Sicherheitsgesetz wollen wir verbindliche Standards festlegen.

Informationelle Selbstbestimmung schützen

Der Datenschutz gewinnt mit der Digitalisierung aller Gesellschaftsbereiche noch größere Bedeutung. IT-Verfahren müssen so gestaltet werden, dass das Recht auf informationelle

Selbstbestimmung und damit der Schutz der Privatsphäre gewährleistet ist. Wir stellen sicher, dass die Befugnisse der Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit in Zukunft auch gegenüber den Sicherheitsbehörden gelten werden. Für die konsequente Durchsetzung von geltendem Datenschutzrecht stärken wir die Landesdatenschutzbeauftragte. Das beinhaltet die überfällige und vollumfängliche Umsetzung der europäischen JI-Richtlinie (Richtlinie zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates), die personenbezogene Daten schützt, einschließlich Sanktionsbefugnissen für die oberste Datenschutzbehörde.

Unseren Rettungsdienst sicher aufstellen

Wer die 112 ruft, muss sich darauf verlassen können, dass die richtige Hilfe kommt. Statt einer Absenkung von medizinischen Standards wollen wir den Berliner Rettungsdienst fit für die Zukunft machen. Es braucht eine Personaloffensive zur Gewinnung von mehr Notfallsanitäter*innen und eine eigene Laufbahn für den Rettungsdienst. Mit einem Runden Tisch „Rettungsdienst“ werden wir die unterschiedlichen Akteur*innen mit der Gesundheitsversorgung verzahnen, damit jede*r Hilfesuchende an die geeignete Stelle – Rettungsstelle, Hausärzt*in, ärztlicher Bereitschaftsdienst, Krisendienste etc. – gelangt und dort die passende Hilfe bekommt. Wir Grüne stärken die Präventionsfähigkeiten und führen Kriseninterventionsteams ein, um insbesondere auf Einsatzlagen mit psychosozialen Herausforderungen besser reagieren zu können.

6.2. Starke Justiz – Rechtsstaat sichern

Unser Berlin ist ein sozialer Rechtsstaat. Wir Bündnisgrüne stehen für eine unabhängige und leistungsfähige Justiz. Rechtsschutz und die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards müssen stets und für alle Bürger*innen gewährleistet sein. Dafür brauchen wir in Gerichten, Staatsanwaltschaften und im Justizvollzug engagierte, kompetente und kritikfähige Mitarbeitende. Denn die in der Justiz arbeitenden Menschen bilden das Rückgrat unseres Rechtsstaats, der durch die Zunahme extremistischer Kräfte und antidemokratischer Tendenzen massiv unter Druck steht. Eine zukunftsfähige Justiz nutzt die Chancen der Digitalisierung. Die Resozialisierung Strafgefangener werden wir wieder in den Vordergrund rücken, da die Gesellschaft allein dadurch nachhaltig vor Straftaten geschützt wird. Dies gelingt nur gemeinsam mit freien Trägern, deren Netzwerke und Kompetenzen unverzichtbar sind. Die Entziehung der Freiheit ist Strafe genug, die Haftbedingungen müssen einen zeitgemäßen, behandlungsorientierten Justizvollzug ermöglichen. Rechtsstaatlichkeit heißt für uns aber auch, Opfer von Straftaten durch ein Opferschutzgesetz proaktiv und professionell zu unterstützen und sie wirksam vor weiterer Gewalt zu schützen.

Zugang zum Recht verbessern

Wir Grüne möchten den Zugang zum Recht in Berlin verbessern, denn dieser ist noch immer nicht für alle Menschen gleich. Menschen mit einem niedrigen sozioökonomischen Status werden strukturell benachteiligt, häufig können sie sich einen Rechtsbeistand nicht leisten. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass Beratungs- und Prozesskostenhilfe, aber auch der Zugang zur Strafverteidigung erleichtert werden. Zudem werden wir die Rechtsantragstellen bei den Gerichten ausbauen, dort mehrsprachige Angebote schaffen und einen leichteren

digitalen Zugang zur Justiz ermöglichen. Wir führen eine gesetzliche Kooperationspflicht für die Landesbehörden mit den Verwaltungsgerichten ein und stellen juristisch sicher, dass eingreifende Entscheidungen regelmäßig nicht vollstreckt werden, solange ein zulässiges Eilverfahren anhängig ist. Die Rechte von Kindern vor den Familiengerichten und als Zeug*innen und Verletzte in Strafverfahren wollen wir stärken. Die wertvolle Arbeit der Kinderschutzambulanz und das Childhood-Haus Berlin an der Charité werden wir stärken. Die Strafverfolgungsbehörden unterstützen wir bei der Verfolgung von Wirtschaftskriminalität und bauen die Strukturen zur Vermögensabschöpfung im rechtsstaatlichen Rahmen weiter aus.

Ersatzfreiheitsstrafe abschaffen

In Berlin befinden sich noch immer zu viele Menschen in Haft, die ihre Geldstrafe nicht bezahlen konnten. Diese Menschen benötigen Hilfe und keine Inhaftierung. Noch immer enthält das Strafgesetzbuch zu viele Bagatelldelikte, die die Justiz belasten und deren strafrechtliche Verfolgung ökonomisch und sozial kontraproduktiv ist. Daher werden wir uns auf Bundesebene für die Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe und die Entkriminalisierung von Bagatelldelikten wie z. B. das Fahren ohne Fahrschein im öffentlichen Nahverkehr einsetzen. Um zu verhindern, dass Menschen, die zu einer Geldstrafe verurteilt wurden, im Gefängnis landen, werden wir Projekte stärken, bei denen Menschen ihre Geldstrafen abarbeiten können.

Resozialisierung und Chancen ermöglichen

Wir Grüne werden den offenen Vollzug stärken und ausbauen, da er nach unserer Überzeugung am besten geeignet ist, um den schädlichen Einfluss der Haft zu minimieren und die Gefangenen zu einem Leben ohne Straftaten zu befähigen. Strafgefangene brauchen passgenaue und zeitgemäße Behandlungs- und Bildungsmaßnahmen und eine bessere Betreuung vor und nach der Entlassung. Wir sorgen dafür, dass alle zuständigen staatlichen Stellen Verantwortung für die Wiedereingliederung übernehmen, und werden auch die freien Träger hier noch stärker einbeziehen. Kinder von Inhaftierten müssen – ressortübergreifend – intensiver in den Blick genommen werden. Unser Projekt „Resozialisierung durch Digitalisierung“ ist ein großer Erfolg und wir werden es weiter vorantreiben, sodass alle Gefangenen, bei denen dies zu verantworten ist, Zugang zu Internet und E-Mail erhalten – damit sie den Kontakt mit ihren Familien halten, digitale Bildungsangebote nutzen und sich am Ende der Haft um einen Job bewerben können. Resozialisierung gelingt nur mit engagierten und gut ausgebildeten Bediensteten. Wir werden daher die Attraktivität des Allgemeinen Vollzugsdienstes weiter steigern und ihn flexibler gestalten. Die Justizvollzugsanstalten werden wir baulich weiter modernisieren, um menschenwürdige Haftbedingungen und zeitgemäße Arbeitsplätze für die Mitarbeitenden zu schaffen.

Asylverfahren durch Expertise fair gestalten

Hinter jedem Asylverfahren steht ein Schicksal, mit jeder Entscheidung wird über Lebenschancen entschieden. Eine falsche Entscheidung kann dazu führen, dass Geflüchtete ihren Peiniger*innen wieder ausgeliefert werden. Um diese Entscheidungen auf der bestmöglichen Grundlage treffen zu können, bedarf es vielfältiger Expertisen. Wir wollen daher wissenschaftliche Mitarbeitende am Verwaltungsgericht einstellen, die Expertise zu den gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Hintergründen der Herkunftsländer mitbringen und die Erkenntnismittel für die Richter*innen aufbereiten.

Fehlerkultur der Justiz ausbauen

Wir Bündnisgrüne stehen für eine transparente, lernende Justiz mit einer entwickelten Fehlerkultur und einem besseren Schutz vor Fehlurteilen. Dazu gehören für uns insbesondere die Verlängerung der Aufbewahrungsfristen von Beweismitteln, die Stärkung der Rechtsmittelinstanzen, eine wissenschaftliche Analyse der Ursachen von Fehlurteilen und entsprechende Fortbildungen für Richter*innen und Staatsanwält*innen.

Personaloffensive in der Justiz starten

Angesichts der auf die Justiz zurollenden Pensionierungswelle werden wir unsere Bemühungen für eine Personaloffensive in diesem Bereich erneuern. Hierfür möchten wir die Arbeitsbedingungen familienfreundlicher und mobiler machen sowie Quereinstiege, Aufstiegschancen und Wechsel durch eine angemessene Anrechnung von Vorerfahrungszeiten erleichtern. Die Bedingungen des Rechtsreferendariats sollen attraktiver gestaltet werden. Bei der Einstellung sollen Bewerber*innen mit Migrationshintergrund bei gleicher Eignung Vorrang haben. Frauen in der Justiz werden wir weiter fördern, insbesondere durch paritätische Vorschlagslisten bei Beförderungsstellen. Die Ausbildung der Gerichtsvollzieher*innen werden wir qualifizieren.

Juristische Ausbildung reformieren

Wir Grüne wollen über die Justizministerkonferenz einen breiten Stakeholder-Prozess mit dem Ziel einer zeitgemäßen und praxistauglichen Reform der juristischen Ausbildung initiieren. In die Diskussionen wollen wir alle relevanten Akteur*innen – darunter Studierende, Referendar*innen, Dozierende, Prüfungsämter und Berufsverbände – einbinden. Die Auseinandersetzung mit Rassismus, Sexismus, Klassismus sowie Trans- und Homosexuellenfeindlichkeit muss fester Bestandteil der Ausbildung werden. Weitere Ziele sind die höhere Transparenz bei der Notenvergabe, die paritätische Besetzung der Prüfungskommissionen, eine stärkere Gewichtung der praktischen Leistungen während des Referendariats und ein verantwortlicher Umgang mit Künstlicher Intelligenz. Für die Arbeitsgemeinschaften im Referendariat soll gemeinsam mit dem Kammergericht ein strukturiertes didaktisches Gesamtkonzept entwickelt werden.

Extremismusprävention und Unabhängigkeit der Justiz sichern

Wir Bündnisgrüne bringen eine Bundesratsinitiative auf den Weg mit dem Ziel, festzuschreiben, dass Schöff*innen und andere ehrenamtliche Richter*innen sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen müssen, und werden eine Strategie zur systematischen Überprüfung der Bewerber*innen zum Zwecke der Extremismusprävention entwickeln.

Wir wollen – dem Vorbild der Mehrzahl der anderen Länder der EU folgend – die Unabhängigkeit der Justiz durchsetzen und die Eigenständigkeit der Staatsanwaltschaft durch eine weitgehende Abschaffung des Weisungsrechts der Justizverwaltung stärken. Strukturelle Hürden beim Zugang zur Verteidigung werden wir abbauen.

Digitalisierung der Justiz konsequent vorantreiben

Die Digitalisierung der Justiz ist eine Mammutaufgabe, die Priorität haben muss. Nach der flächendeckenden Einführung der elektronischen Akte an den Gerichten und in den Staatsanwaltschaften müssen die Arbeitsabläufe, die Aufgaben der verschiedenen Berufsgruppen und die Organisation angepasst und zum Teil grundlegend reformiert werden. In der Rechtsprechung und Strafverfolgung werden wir den Einsatz digitaler Recherchetools und Assistenzsysteme unterstützen. Hierdurch schaffen wir Effizienzgewinne und standardisieren Arbeitsabläufe, was zur Entlastung von Richter*innen, Staatsanwält*innen und Rechtspfleger*innen beiträgt. Hierbei behalten wir jedoch stets die Risiken und die Sicherheit im Blick: Es muss immer ein Mensch sein, der letztlich in Gerichtsverfahren entscheidet. Wir entwickeln für Gerichte und Staatsanwaltschaften ein Raumkonzept für die ökologische Sanierung und eine effizientere Flächennutzung, die den neuen digitalen und mobilen Arbeitsabläufen gerecht wird und zugleich eine hohe Aufenthaltsqualität für Beschäftigte und Rechtsuchende garantiert. Wir Grüne werden im Zuge der vollständigen Digitalisierung verstärkt virtuelle Verhandlungssäle einrichten und flächendeckend WLAN anbieten, um Anwält*innen digitales Arbeiten zu ermöglichen.

6.3. Funktionierende Verwaltung – Berlin zum Laufen bringen

Wer in Berlin lebt, kennt es: Sobald ein Problem auftaucht, ist niemand dafür zuständig; Bürger*innen verzweifeln seit vielen Jahren am Behörden-Pingpong. Deshalb haben wir Bündnisgrüne einen Plan vorgelegt, wie Berlin mit einer Verwaltungsreform endlich wieder funktioniert: klare Zuordnung von Steuerungs- und Durchführungsaufgaben zwischen Senats- und Bezirksverwaltung und Verankerung des Konnexitätsprinzips in der Berliner Verfassung, was bedeutet, dass diejenigen, die Aufgaben beschließen, auch für deren Kostendeckung verantwortlich sind. Damit stellen wir sicher, dass der Senat die Bezirke bei neuen Aufgaben auch mit den entsprechenden Finanzmitteln ausstatten muss.

Die schwarz-rote Koalition hat in ihrem Prozess der Verwaltungsmodernisierung, bei dem wir uns als Bündnisgrüne von Beginn an aktiv eingebracht haben, diese beiden zentralen Elemente aufgenommen; die verabschiedete Verwaltungsreform trägt eine deutliche bündnisgrüne Handschrift. So kommen wir endlich weg vom Behörden-Pingpong und sorgen dafür, dass Berlin endlich wieder funktioniert.

Jetzt ist es Zeit, die verabschiedete Verwaltungsreform mit Leben zu füllen und erfolgreich umzusetzen. Unser Ziel sind Senatsverwaltungen, die vorausschauend und strategisch ihre gesamtstädtische Verantwortung wahrnehmen, und Bezirksämter, die engagiert und pragmatisch ihre Leistungen erbringen. So machen etwa schnelle Termine in Bürger*innenämtern, kompetente und diskriminierungsfreie Beratung im Jugendamt sowie Angebote der Teilhabe deutlich, dass der Staat funktioniert und die Anliegen aller Berliner*innen im Blick hat. Daher ist für uns eine handlungsfähige, wehrhafte Verwaltung ein elementarer Beitrag zur Stabilisierung der Demokratie.

Verwaltung handlungsfähig und bürger*innennah aufstellen

Wir Grüne möchten die Kultur der Verwaltung als Dienstleisterin der Berliner*innen verstärken und sicherstellen, dass sie sich bei der Aufgabenerfüllung entsprechend an den Bedürfnissen der Berliner*innen orientiert. Das bedeutet insbesondere, dass die Durchführung bürger*innennaher Dienstleistungen diskriminierungsfrei erfolgt.

In einer zunehmend disruptiven Welt ist es unser Ziel, die gesamte Berliner Verwaltung in die Lage zu versetzen, schnell und wirksam neuen Herausforderungen zu begegnen. Hierzu müssen wir sie in ihren Strukturen resilient aufstellen. Wir wollen ein professionelles Ideenmanagement in der Verwaltung etablieren. Die Beschäftigten wissen oft selbst, wo der Schuh drückt und wie man Prozesse verbessern könnte. Hier gilt es, Zugänge zu erleichtern und positive Anreize zu schaffen, diese Ideen auch vorzutragen. Teil des Kulturwandels muss es sein, dass der Mut zur Veränderung auch im eigenen Arbeitsbereich gestärkt wird.

Verwaltungsreform umsetzen und Prozesse modernisieren

Die begonnene Aufgabenerfassung müssen wir hinsichtlich der Aufgabensortierung zu den Politik- und Querschnittsfeldern zügig weiterführen. Dabei sind die einzelnen Aufgaben auch einer Kritik zu unterziehen. Unser Ziel ist es, dass die Senatsverwaltungen die gesamtstädtischen Steuerungsaufgaben für ihre Politikfelder innehaben. Die Berliner Bezirke sollen Durchführungsaufgaben sowie die bezirklichen Steuerungsaufgaben übernehmen.

Verwaltungsprozesse wollen wir im Sinne des Dienstleistungsgedankens gegenüber den Berliner*innen sowie der Berliner Wirtschaft und Stadtgesellschaft vereinfachen. Dabei setzen wir uns aber dafür ein, dass eine Modernisierung von Verwaltungsprozessen keine sozialen und ökologischen Standards untergräbt. Dafür brauchen wir Investitionen in die Digitalisierung. Um als moderner Dienstleister die Anliegen der Bürger*innen und Unternehmen effizient und nutzer*innenfreundlich zu bearbeiten, bedarf es einer konsequenten und beschleunigten Digitalisierung der Verwaltungsprozesse.

6.4. Kompetente Bezirke – vor Ort gestalten

Wir Bündnisgrüne stellen in sechs Bezirken Bürgermeister*innen und elf weitere Stadträt*innen. Wir zeigen an jedem Tag vor Ort: Es macht einen Unterschied, wer regiert – sei es im Klimaschutz, beim Kampf gegen teure Mieten oder bei unserem Einsatz für eine bürger*innennahe Verwaltung. Die Berliner Bezirke bilden das Herz der städtischen Demokratie und Verwaltung. Sie sind der erste Ansprechpartner für die Bürger*innen mit ihren Anliegen. Der Zustand der Bezirksverwaltungen und der Berliner Kieze gibt den Bürger*innen einen ersten Eindruck vom Funktionieren der Stadt und prägt maßgeblich das Vertrauen in die gesamte Berliner Verwaltung. Saubere Grünflächen und intakte Spiel- und Sportplätze sind für uns kein Nice-to-have, sondern eine essenzielle Daseinsvorsorge.

Als Verwaltung in den Kiezen und mit dem direkten Kontakt zu den Bürger*innen kennen die Bezirksverwaltungen die Bedürfnisse vor Ort. Sie haben somit die Expertise, Entscheidungen für das bezirkliche Zusammenleben in den Kiezen unter Berücksichtigung der Bürger*innen zu treffen.

Starke und handlungsfähige Bezirke garantieren

Unser Ziel ist es, dass in den Bezirken gleichwertige Lebensverhältnisse gegeben sind und bei der Bereitstellung des bezirklichen Leistungsangebotes die bezirklichen Bedürfnisse berücksichtigt werden.

Dafür wollen wir Grüne die Bezirke in der Umsetzung ihrer Durchführungsaufgaben sowie der bezirklichen Steuerungsaufgaben stärken. Die Senatsverwaltungen sollen sich daher auf die Aufgaben der gesamtstädtischen Steuerung konzentrieren. Bei der Umsetzung der gesamtstädtischen Steuerung setzen wir auf ein lösungs- und zielorientiertes Miteinander

zwischen Senats- und Bezirksebene. Bei Entscheidungen auf gesamtstädtischer Ebene ist die Expertise frühzeitig mit einzubeziehen. Damit die Bezirke ihre Interessen gegenüber dem Senat effektiv durchsetzen können, werden wir der im Rahmen der Verwaltungsreform geschaffenen Einigungsstelle eine zentrale Rolle im Abstimmungsprozess zwischen Landes- und Bezirksebene geben.

Wir wollen die Bezirke stärken, damit sie ihre Aufgaben zukunftsorientiert und servicefreundlich durchführen können und eine soziale, kulturelle und infrastrukturelle Daseinsvorsorge in allen Berliner Kiezen sichergestellt wird. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir das in der Berliner Verfassung verankerte Konnexitätsgesetz im Rahmen der Finanzierung der Bezirke etablieren. Das heißt, wir werden mit Blick auf Land und Bezirke das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt" konsequent umsetzen. Zur Sicherung der zeitnahen Bearbeitung bürger*innennaher Dienstleistungen in den Bezirksämtern wollen wir das Konzept der Springer*innenpools (Flex:Units) ausbauen. Unser Ziel ist der Aufbau von zwei zentralen Flex:Units zur Entlastung temporärer Leistungsspitzen.

6.5. Sicheres Personal – Verwaltung zukunftsfähig ausstatten

Die Mitarbeitenden in der öffentlichen Verwaltung sind der zentrale Erfolgsfaktor für eine funktionierende Daseinsvorsorge und die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen. Um eine leistungsfähige und bürgerorientierte Verwaltung zu erhalten, muss Berlin um die besten Köpfe und motivierte Beschäftigte werben.

Aufgrund der demografischen Entwicklung und des sich wandelnden Arbeitsmarktes steht das Land Berlin als Arbeitgeber vor großen Herausforderungen bei der Personalgewinnung sowie Personalbindung. Aktuell ist die Berliner Verwaltung aber nicht gut auf diese Herausforderung vorbereitet: Stellenbesetzungsverfahren sind zu langwierig, eine zentrale, behörden- und ebenenübergreifende Personalplanung findet nicht statt und häufig sind die Bezirke bei der Personalrekrutierung strukturell im Nachteil. Wir Bündnisgrüne wollen das ändern.

Personalbedarf strategisch planen und Beschäftigte wertschätzen

Unser Ziel ist es, den durch die rot-grün-rote Regierung bis 2023 aufgebauten Personalbestand im Land Berlin zu stabilisieren. Dies wollen wir mit Hilfe einer strategischen Personalbedarfsplanung erreichen, die sich am konkreten Bedarf für die Bereitstellung der öffentlichen Dienstleistungen ausrichtet.

Unser Ziel ist es, dass Berlin als attraktive Arbeitgeberin wahrgenommen wird. Dies wollen wir durch eine neue Kultur der Wertschätzung, Beteiligung und durch einen Ausbau der Entwicklungsmöglichkeiten für die Beschäftigten erreichen. Hierzu ist es uns wichtig, kritisches Denken zu fördern und Ideen der Beschäftigten bei Entscheidungen mit einzubeziehen. Neben einer wertschätzenden Anerkennung der Leistungen der Beschäftigten steht für uns eine moderne und digitale Arbeitsausstattung im Mittelpunkt.

Berlin ist eine vielfältige Stadt. Unser Ziel ist es, die Vielfältigkeit auch in der Belegschaft der Berliner Verwaltung abzubilden. Wir Grüne erkennen die verschiedenen Lebensrealitäten der Beschäftigten des Landes Berlin an und wollen sie bei der Entwicklung neuer Arbeitsmodelle berücksichtigen. Unser Ziel ist es, eine stärkere Flexibilisierung durch mobiles Arbeiten, Job-Sharing und Führen in Teilzeit zu ermöglichen. Bei der Umsetzung neuer Arbeitsmodelle ist für uns zentral, dass dies auf freiwilliger Basis und unter

Einbeziehung der Personalvertretung erfolgt. Die Möglichkeit des Quereinstiegs in die Berliner Verwaltung wollen wir verstärkt durch zielgerichtete Onboarding- und Weiterbildungsangebote erleichtern.

Die Beschäftigten der Bezirke, des Landes und der Landesämter halten Berlin am Laufen. Gewaltsame Übergriffe und Beleidigungen sind für uns daher absolut inakzeptabel. Daher fördern wir Maßnahmen zur Gewaltprävention und Unterstützung von gewaltbetroffenen Beschäftigten.

Das Landesverwaltungsamt wollen wir zum zentralen Personaldienstleister für die gesamte Berliner Verwaltung weiterentwickeln. Dadurch sollen Verfahren im gesamten Personalbereich effizienter ausgestaltet werden. Strukturelle Benachteiligungen bei der Personalgewinnung und bei der Personalbindung in den Bezirken wollen wir abbauen.

Nachwuchs für die Verwaltung gewinnen

Unser Ziel, mehr junge Menschen für eine berufliche Zukunft im öffentlichen Dienst zu gewinnen, wollen wir durch eine Ausbildungsoffensive erreichen. Sowohl die duale Ausbildung als auch duale Studiengänge sehen wir als gleichwertige Säulen der Nachwuchsförderung an. Diese wollen wir gezielt ausbauen und zukunftsfähig gestalten. Auch die Möglichkeiten der Etablierung des Beschäftigtenwohnens wollen wir in Angriff nehmen.

Wichtig ist uns dabei, gezielt Entwicklungsmöglichkeiten und Karrierewege in der öffentlichen Verwaltung aufzuzeigen. Dazu werden wir die Berufsorientierung auf verschiedenen Ebenen stärken und die Möglichkeit von Schulpraktika ausbauen.

6.6. Digitale Verwaltung – modern, zugänglich und sicher

Berlin ist eine Metropole mit vielen digitalen Start-ups und Innovationen. Die Berliner Verwaltung hat bei der Digitalisierung allerdings noch Aufholbedarf. Wir Bündnisgrüne wollen eine Verwaltung, deren digitale Dienstleistungen für alle funktionieren. Digitalisierung der Verwaltung muss sich am Menschen orientieren, sollte resilient, nachhaltig, diskriminierungsfrei und sicher sein. Um dies voranzubringen, sind Räume notwendig, in denen Mitarbeitende innovative und kreative Ansätze verfolgen können. Es braucht eine offene Fehlerkultur, mehr Möglichkeiten des kollaborativen Arbeitens und eine lernfähige Verwaltung. Wir wollen eine konsequent nutzendenorientierte Verwaltung etablieren, in der klare Zuständigkeiten existieren, damit das „Behörden-Pingpong“ der Vergangenheit angehört. Zukünftig werden immer weniger Mitarbeitende für immer mehr Aufgaben zur Verfügung stehen. Deshalb muss auf die Verwaltungsreform konsequent die Modernisierung von Prozessen und deren Digitalisierung folgen, ohne die Verwaltung dabei von Tech-Unternehmen abhängig zu machen, denen Profit wichtiger ist als Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Digitale Services an den Menschen orientieren

Wir Grüne wollen, dass jeder Kontakt mit Behörden ohne stressige Terminvergabe, Warteschlangen oder Formularchaos funktioniert. Dass City-WLAN, Transparenz- und Datenportal sowie eine Kiez-App ein selbstverständlicher Teil des Berliner Alltags sind. Berlin braucht eine digitale Verwaltung, die unabhängig, sicher und resilient ist. Wir wollen, dass Daten und Lizenzen in öffentlicher Hand liegen und alle Systeme die Prinzipien „Privacy by Design“ und „Security by Design“ verfolgen. Um eine gemeinwohlorientierte Digitalisierung zu

ermöglichen, richten wir einen Digitalrat als unabhängiges, paritätisch besetztes Expert*innengremium ein mit Vertreter*innen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Verwaltung, Wirtschaft und der Tech-Community.

Wir schaffen Services, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren – nicht an den Strukturen der Verwaltung. Unser Ziel ist ein digitales Bürger*innenamt mit Videoberatung, Einfacher Sprache, digitalen Assistenzen, barrierefreier mobiler Nutzung und Echtzeit-Statusanzeigen für Anträge. Das Service-Portal wird zur zentralen Anlaufstelle für alle Lebenslagen – etwa Umzug, Geburt oder Pflegebedarf –, statt sich weiter an Ämter- oder Zuständigkeitsgrenzen zu orientieren. Zudem soll jede neue und bestehende Leistung systematisch auf ihr Automatisierungspotenzial geprüft werden. Gemeinsam mit dem CityLAB Berlin entwickeln wir erprobte Projekte zu stadtweiten Lösungen weiter. Parallel dazu schaffen wir niedrigschwellige Unterstützungsangebote vor Ort: in Stadtteilzentren, Pflegestützpunkten, mobilen Bürger*innenämtern und durch direkte Unterstützung bei der Antragstellung.

Verwaltungsdigitalisierung erfolgreich umsetzen

Wir wollen das Digitalgesetz für Berlin vollenden. Damit schaffen wir die Grundlage für die weitere Digitalisierung der Berliner Verwaltung. Dabei setzen wir auf verbindliche Standards für die digitale Barrierefreiheit, den Vorrang von Open Source, digitale Souveränität und die proaktive Bereitstellung öffentlicher Daten (Open Data). Wir verankern ein Recht auf digitale Kommunikation mit der Verwaltung und überführen das Onlinezugangsgesetz (OZG) in Berliner Landesrecht. Neu eingeführt wird ein „digitales Konnexitätsprinzip“, um sicherzustellen, dass auch bei der Zuweisung digitaler Aufgaben derjenige zahlt, die bestellt. Gemäß dem Prinzip „Once Only“ entwickeln wir digitale Verwaltungsleistungen weiter, wo es möglich und sinnvoll ist, und mit einer Automatisierungsstrategie prüfen wir künftig alle neuen Leistungen auf ihr Digitalisierungspotenzial. Dazu braucht es auch eine intensivere Kooperation mit dem Bund und anderen Bundesländern, um bestehende IT-Lösungen ausschöpfen oder gemeinsam neue IT-Lösungen entwickeln zu können.

Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung bietet große Potenziale. Er kann Prozesse effizienter und schneller machen und alltägliche Arbeitsabläufe vereinfachen. Allerdings braucht es dafür eine rechtliche Grundlage, die insbesondere die datenschutzrechtliche Ausgestaltung sicherstellt.

Zur Stärkung einer souveränen IT-Infrastruktur in öffentlicher Hand werden wir das IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ Berlin) zu einem landeseigenen Plattformanbieter ausbauen. Die Steuerung des ITDZ durch das Land Berlin wollen wir verbessern, um der Berliner Verwaltung effiziente, einfache und nutzendenfreundliche IT-Lösungen zur Verfügung stellen zu können. Open-Source-Lösungen mit offenen Schnittstellen und transparentem Quellcode haben Vorrang vor proprietären Angeboten. „Privacy by Design“ und „Security by Design“ gelten bei jeder Softwareentwicklung: Datensparsamkeit, Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, lokale Datenhaltung und barrierefreie Nutzbarkeit sind verbindlich. Zugriffe auf personenbezogene Daten werden dokumentiert und sind für Betroffene einsehbar, um vor Missbrauch zu schützen. Geprüft werden digitale Durchführbarkeit, Barrierefreiheit, Verständlichkeit und Nutzendenzentrierung. Dabei setzen wir auf Co-Creation verschiedener Fachressorts, IT-Expert*innen, Zivilgesellschaft und Nutzende.

Zukunftsprojekte für Berlin (Kapitel 6)

Katastrophenschutz modernisieren – ressortübergreifende Resilienzstrategie entwickeln

Wir Bündnisgrüne wollen, dass Berlin im Krisenfall vorbereitet ist. Dafür braucht es umfassende Risikoanalysen und Katastrophenschutzpläne in allen Bereichen mit klaren Verantwortlichkeiten und einer Vernetzung zwischen den Akteur*innen. Wir werden dazu eine ressortübergreifende Resilienzstrategie entwickeln, die zentral koordiniert wird. Neben der klassischen Krisenbewältigung werden dabei auch Strategien implementiert, die Vorsorge für aufkommende Krisen betreiben und Anpassungen an veränderte Lagen vornehmen, insbesondere auch Maßnahmen der Klimaanpassung. Wir werden die Menschen in unserer Stadt außerdem dabei unterstützen, im Krisenfall Selbsthilfe leisten zu können. Wer heute in Resilienz investiert, schützt morgen Menschenleben und unsere Infrastruktur.

Opfer von Straftaten unterstützen – ein Landesopferschutzgesetz für Berlin

Wir Bündnisgrüne setzen uns für ein Landesopferschutzgesetz (Gesetz zur Unterstützung Betroffener von Straftaten – UBSG) ein, das Betroffenen von Straftaten einen Rechtsanspruch auf Unterstützung gibt. Es schreibt einen proaktiven Ansatz fest, verankert Prävention und Täter*innenarbeit gesetzlich und sichert die dauerhafte Finanzierung der Berliner Opferschutzeinrichtungen und Beratungsstellen ab. Zugleich schafft es eine Rechtsgrundlage für die schnelle, aber auch sichere Weitergabe von personenbezogenen Daten, damit Betroffene ein passgenaues Unterstützungsangebot erhalten.

Ein digitales Bürger*innenamt für Berlin

Unser Ziel ist die Einrichtung eines digitalen Bürger*innenamts für Berlin. Es wird Verwaltungsdienstleistungen mittels Videoberatung und digitaler Assistenzen anbieten. Eine barrierefreie mobile Nutzung und die Verwendung Einfacher Sprache sollen dabei sichergestellt sein. So ermöglichen wir einen zügigen und unkomplizierten Zugang für alle Menschen. Außerdem wird es Statusanzeigen für Anträge in Echtzeit geben, damit die Bürger*innen jederzeit über den Bearbeitungsstand informiert sind und besser planen können. Das ServicePortal Berlin wird zur zentralen Anlaufstelle für alle Lebenslagen – etwa Umzug, Geburt oder Pflegebedarf –, statt sich weiter an Ämter- oder Zuständigkeitsgrenzen zu orientieren.